

Zur gesellschaftlichen Aneignung und Emanzipation

Grundlagen eines *Ökosozialistischen Aufbruchs*

Alternative Namensvorschläge siehe Anhang:

Entwurf
Christian Zeller
17. Dezember 2017



Vorbemerkung

Mit dem vorliegenden Text will ich die bereits ansatzweise laufende Orientierungsdiskussion innerhalb von Aufbruch Salzburg (und weiteren Interessierten) vorantreiben. Ich möchte mit dem Text dazu anregen, über die unmittelbaren Aktivitäten und Tagesprobleme hinauszudenken. In welcher Perspektive sind wir aktiv? Wie verbinden wir kurzfristige Forderungen und Ziele mit einer langfristigen Perspektive? Welches sind die Bindeglieder zwischen einfachen Tagesforderungen und einer langfristigen Orientierung? Wer sind die Subjekte der Veränderung? Wie stehen wir zu bestehenden Organisationen der Linken und ihren Traditionen? Wie lassen sich ökologische, feministische und sozialistische Perspektiven miteinander verbinden und durch diese Verbindung insgesamt stärker machen?

Wir sollten uns Zeit nehmen diese Diskussion zu führen. Ich bin überzeugt, dass unsere Gruppe daran wachsen wird. Ich würde es begrüßen, wenn Ihr mit Kritik und eigenen Vorschlägen den Text verändern und vor allem verbessern würdet.

Der Text ist ein Kompromiss. Er ist zu kurz, um viele Aspekte genauer zu behandeln. Einige Themen fehlen sogar. Die mehrfachen Unterdrückungsmechanismen über Geschlechterverhältnisse und ethnisch-kulturelle Unterdrückung sind noch stärker hervorzuheben. Die Themen Wohnen, Konsum und Freizeit fehlen. Der Text ist zu lang und zu wenig plakativ, um breitere Kreise anzusprechen. Das ist allerdings nicht die Aufgabe des Texts. Vielmehr soll er zu einer verbindlichen Diskussion unter wirklich Interessierten anregen.

Aufbruch muss ein Projekt entwickeln oder er wird untergehen. Kann die KPÖ so weitermachen wie bisher? Ich denke nicht. Äußern sich nach einem schlechten Ergebnis zumindest an den Rändern der SPÖ und vielleicht in einigen Gewerkschaften kritische Stimmen, die eine konsequente sozialdemokratische Politik einfordern? Gibt es bei den Grünen Leute, die den marktkonformen Modernisierungskurs ihrer Partei in Frage stellen?

Auch in Deutschland liefen und laufen weiterhin ähnliche Debatten. Allerdings unter etwas besseren Bedingungen. Es gibt die Partei DIE LINKE, die mehrere Strömungen vereinigt. Es gibt Debatten über Orientierungen und Strategien. Von denen können wir lernen. Wir könnten beispielsweise mit Leuten der Partei DIE LINKE in München in Diskussion treten, um zu erfahren, wie sie es geschafft haben, sich ein doch beträchtliches Echo zu erarbeiten (bei der Bundestagswahl erhielt DIE LINKE in Bayern insgesamt über 6,1% und legte damit 2,3% zu).

Je eher und klarer wir uns über den Sinn und die Ziele unseres Vorhabens verständigen, je besser wir unsere Ideen formulieren, desto eher werden wir in der Lage sein, uns in diese Diskussionen einzubringen. Und diese Diskussion beschränkt sich nicht auf Salzburg und auch nicht auf Österreich.

Ein neues politisches Projekt

Am 4. Juni 2016 fand in Wien eine Aktionskonferenz mit über 1000 TeilnehmerinnInnen statt. Das war der Beginn eines hoffnungsvollen politischen Projekts mit dem Namen *Aufbruch*. Viele Personen beteiligen sich an dieser Konferenz in der Erwartung zur Neuformierung einer solidarischen und antikapitalistischen Kraft beizutragen. Doch bald zeigte sich, dass die Herausforderungen größer sind, um in kurzer Zeit eine neue Bewegung aufzubauen, die sich auch an Wahlen als glaubwürdige und aktionsfähige Alternative anbieten könnte. Obwohl sich anfänglich mehrere Hundert Personen am Projekt beteiligten, gelang es nur ansatzweise der neuen Organisation politische Konturen zu verleihen und sie organisatorisch für die anstehenden Auseinandersetzungen zu wappnen.

Aufbruch hat das ursprüngliche Ziel, einen Neuformierungs- und Neuzusammensetzungsprozess einer konsequenten Linken herbeizuführen, nicht geschafft. Obwohl das Ziel richtig war und ist, wird das kurzfristig nicht gelingen. Die Situation ist komplizierter als anfänglich gedacht.

Wir brauchen einen gemeinsamen politischen Diskussions- und Klärungsprozesses, um eine handlungsfähige Organisation aufzubauen. Das braucht Zeit und erfordert viel Arbeit. Das macht aber auch Spaß, weil wir damit Aktion und Studium miteinander verbinden. Darum legte Gruppe von Aufbruch Salzburg großes Gewicht auf politische Klärungsprozesse und die Durchführung von Bildungsveranstaltungen. Wir haben über wichtige Fragen einer aktuellen antikapitalistischen Orientierung in Österreich und Europa diskutiert und begonnen, uns mit Ansätzen einer ökosozialistischen Alternative auseinanderzusetzen.

Die entscheidende Herausforderung besteht darin, langsam aber doch bestimmt, inhaltliche Konturen anzunehmen. Das ist nicht einfach. Die inhaltliche Orientierung ist nicht selbstverständlich, wir müssen sie buchstäblich erarbeiten und uns immer wieder verständigen. In Salzburg haben wir damit begonnen und können erste kleine Erfolge vorweisen. Wir haben es trotz Schwierigkeiten geschafft, eine gewisse Kontinuität der Diskussion herzustellen und die Bildungsveranstaltungen sind gut angelaufen.

In diesem Sinne ist es wichtig, nun die nächsten Schritte in Angriff zu nehmen. Wir wollen unser inhaltliches Profil schärfen und organisatorisch verbindlicher werden und hierfür auch formale Strukturen schaffen. Darum formieren wir uns politisch und organisatorisch verbindlicher als *ökosozialistischer Aufbruch* (dieser Name ist ein Vorschlag) Wir gründen hiermit auch einen Verein, um uns materiell besser abzusichern.

Wir wollen mit unserer Gründung das Projekt zur Diskussion stellen. Wir wollen einen Beitrag zur Neuformierung einer neuen emanzipatorischen Bewegung leis-

ten, die in einer revolutionär- und libertär-sozialistischen Orientierung nach einer ökosozialistischen Alternative sucht.

Der *ökosozialistische Aufbruch* vereint Menschen unterschiedlicher Generationen und Erfahrungen. Wir wollen verschiedene Erfahrungen und vor allem auch die Sensibilitäten junger Menschen in einem Prozess der Neuformierung einer emanzipatorischen und freiheitlichen Bewegung für Sozialismus zusammenführen. Dabei wollen wir die Ausarbeitung eines neuen radikalen und sozialistischen Programms vorantreiben.

Die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Österreich weltweit – Wirtschaftskrise, Krieg, der Aufschwung einer neuen weltweiten Bewegung gegen neoliberale Politik – hat uns veranlasst, wieder eine politische Organisation zu schaffen, die koordiniertes Handeln, einen aktionsorientierten Diskussionszusammenhang und strategische Debatten ermöglicht.

Die vorliegende Gründungserklärung fasst unseren erst kurzen Diskussionsprozess zusammen. Wir verzichten in diesem Text bewusst auf präzise Forderungen, diese werden in den konkreten Auseinandersetzungen gestellt. Wichtiger ist uns zu erklären, warum wir die kapitalistische Wirtschaft ablehnen und warum wir eine ökosozialistische Alternative anstreben. Dabei wollen wir die großen Schwierigkeiten und unsere Schwäche nicht verschweigen. Wir mit der Gründung unserer Gruppe und mit diesem Text auch andere einladen, sich am Prozess der Formierung einer antikapitalistischen und ökosozialistischen Strömung zu beteiligen.

Unser Verständigungsprozess sowie die Ausarbeitung von Konzepten und Strategien gehen weiter. In diesem Sinne ist diese Erklärung ein Arbeitstext, den wir im Zuge neuer Erfahrungen und mit allen interessierten Frauen und Männern, die mit uns einen Teil des Weges beschreiten wollen, weiterentwickeln wollen.

Herausforderungen in Österreich

Die im Jahr 2008 eingesetzte Wirtschaftskrise, die schließlich in eine Krise der Staatsschulden und eine Krise der Europäischen Währungsunion mündete, hat den neoliberalen Gesellschaftsumbau nicht etwa gestoppt. Im Gegenteil, die herrschenden Kräfte in Europa verschärfen den Kurs. Um in der weltweiten Konkurrenz gegenüber den Rivalen in Nordamerika und Asien bestehen zu können, wollen die Unternehmen in Österreich und Europa ihre Kosten reduzieren. Daher treiben sie die Flexibilisierung der Arbeit voran und wollen die Lohnnebenkosten senken. PolitikerInnen der ÖVP und FPÖ sowie VertreterInnen von Wirtschaftsverbänden sprechen es klar aus: die Sozialpartnerschaft ist vorbei. Sie wollen die neoliberale Offensive weitertreiben und verbliebene soziale Errungenschaften in Frage stellen. Altersvorsorge und Krankenversicherungen sollen nicht mehr die Solidarität unter

den Beschäftigten stärken, sondern scheinbar individuelle Risiken versichern. Damit erhalten Finanzunternehmen interessante neue Geschäftsfelder.

ÖVP und FPÖ wollen die arbeitende Bevölkerung spalten. Diese Politik geht nicht nur zulasten der Schwachen und Benachteiligten. Letztlich zielt die Politik der regierenden Parteien darauf ab, das Lohnniveau insgesamt zu drücken und die Arbeitsbedingungen eines Großteils der Beschäftigten so zu organisieren, dass sich die Gewinne steigern lassen.

Die SPÖ, die Grünen und die sowohl rechts wie links blinkende Liste PILZ bieten nicht den Hauch einer Antwort auf diese Situation. Sie tragen Teile der neoliberalen Umbaupolitik mit und sind in erster Linie bestrebt, ihre Position in den Institutionen zu halten. Sie versuchen nicht einmal ansatzweise, die Menschen auf die kommenden Auseinandersetzungen vorzubereiten. Ihr Ziel besteht darin, weiterhin einen Platz in der von ihnen illusionär hochgehaltenen Sozialpartnerschaft zu halten, in der Hoffnung einige Posten und etwas Einfluss zu halten. Widerstand gegen die neoliberale Kürzungspolitik und die neokonservativen Bestrebungen autoritäre Strukturen aufzubauen, ist auf diese Weise nicht möglich.

Die Gewerkschaften verharren in ihren Routinen. In vielen Bereichen sind sie kaum in der Lage, die Beschäftigten in den Betrieben zu organisieren. Dementsprechend ist eine gewerkschaftliche Gegenwehr gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die unsoziale Kürzungspolitik kurzfristig eher unwahrscheinlich. Die Gewerkschaften gegenwärtig auch nicht Orte, wo neue kritische Konzepte ausgearbeitet werden. Das erschwert die Situation zusätzlich.

Die etablierten Parteien bekunden zunehmend Mühe die Menschen anzusprechen. Das gilt ganz besonders auch für die klassischen linken Parteien. Eine große Zahl von Menschen sieht sich durch die etablierten politischen Parteien und nicht mehr repräsentiert.

Gleichzeitig vollzieht sich ein schleichender Bedeutungsverlust der parlamentarischen Mitbestimmung und öffentlichen Kontrolle durch Parlamente. In vielen Ländern reißt die Exekutiven mehr Kompetenzen an sich. Eine besondere Dynamik nehmen diese autoritären Tendenzen bei den Institutionen der EU an. Ohne jegliche demokratische Legitimation beschließen und befinden sich über das Leben und Arbeiten der Menschen in der gesamten EU.

Soziale Bewegungen unterschiedlicher Art widersetzen sich in zahlreichen Ländern schlechteren Arbeitsbedingungen, der Zerstörung sozialstaatlicher Errungenschaften und der Entwicklung zum autoritären Staat.

Auch in Österreich kritisieren zahlreiche Menschen die kapitalistische Wirtschaftsweise und suchen nach anderen Formen des Wirtschaftens und Lebens. Doch sie machen das zu vereinzelt und kaum in Diskussion mit anderen. Weder Gewerkschaften noch traditionelle Linksparteien sind in der Lage, diese Kritik und

diese Suchprozesse aufzugreifen und zu befruchten. Ganz im Gegenteil, sie wollen bewahren, was ist. Insofern ist es auch nicht erstaunlich, dass es keine gesellschaftliche Stimmung zum Widerstand oder gar größere sozialen Bewegungen gibt.

Das ist die Situation, in der wir unser Organisationsprojekt beginnen. Das heißt, wir müssen vorerst bescheiden bleiben. Dennoch verfolgen wir ein längerfristiges und umfassendes Ziel.

Wir wollen einen Beitrag zur **Neuformierung einer antikapitalistischen und ökosozialistischen Kraft in Österreich** leisten. Wir verfolgen dieses Projekt auch im Zusammenhang mit ähnlichen Prozessen in anderen Ländern Europas. Wir wollen uns miteinander bilden und lernen und wir wollen uns mit unseren bescheidenen Kräften einmischen, sei in Aktivitäten für günstigere Wohnungen, für bessere Arbeitsbedingungen, für eine radikale Arbeitszeitverkürzung, für umfassenden Zugang zu Kinderbetreuung und für den Erhalt und den Ausbau eines umfassenden und solidarischen Sozialversicherungssystems. Das heißt, wir wollen sowohl unsere politischen Grundlagen festigen als auch kampagnenfähig werden.

Unsere Voraussetzungen

Die Immobilienkrise in den USA ab 2007, die sich international rasch ausbreitende Wirtschaftskrise, die durch die Regierungen forcierten Bankenrettungen verursachte Staatsschuldenkrise, die Euro-Krise und die mit all diesen Krisen einhergehenden gesellschaftlichen Verwerfungen erinnerten uns einmal mehr daran, wie instabil die kapitalistische Wirtschaft ist. Die stark angestiegene soziale Ungleichheit geht einher mit einer umfassenden Umweltkrise. Beide stellen das Leben und Überleben von Millionen von Menschen in Frage.

Die kapitalistische Gesellschaft beruht auf ungleicher Entwicklung und stellt diese immer wieder neu her und zwar auf allen erdenklichen geographischen Maßstabsebenen. Kleine Inseln des Reichtums befinden sich in Ozeanen der Armut. Weltweit verbundene Knoten liegen zwischen Zonen der Abgehängten und Ausgestoßenen.

Nicht nur können Milliarden von Menschen ihre elementarsten Bedürfnisse nicht befriedigen, die große Mehrheit der Menschen kann auch nicht ihre Fähigkeiten und Kreativität in die Gesellschaft einbringen. Armut, Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeit, sinnlose Arbeiten, gesundheitsschädigende Arbeitsprozesse kommen einer enormen Verschwendung menschlicher Fähigkeiten gleich. Die kapitalistische Produktionsweise kann sich nur unter Inkaufnahme einer gesellschaftlichen Regression halten.

Wir lehnen die kapitalistische Gesellschaftsordnung ab. Sie tendiert dazu, alle gesellschaftlichen Beziehungen zu kommerzialisieren und in Waren umzuwandeln. Sie unterordnet die sozialen Bedürfnisse unter das Diktat des *Shareholder value* und des Profits privater Konzerne und führt zur Konzentration von immer größerem Reichtum in den Händen eines immer geringeren Teils der Weltbevölkerung. Der Kapitalismus beinhaltet die Zerstörung von gesellschaftlichen Beziehungen und natürlichen Ressourcen. Der „lang andauernde“ Krieg der reichen Welt gegen die arme Welt läuft in Gefahr, die Menschheit mit militärischen und terroristischen Mitteln in die Barbarei zurückzusetzen.

Wir wollen eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf dem Grundsatz der Solidarität und der freien Entfaltung aller Frauen und Männer, ungeachtet ihrer Religionszugehörigkeit und Nationalität fußt; die sich an der Befriedigung der elementaren materiellen und kulturellen Bedürfnisse und nicht an der privaten Bereicherung und auch nicht am Gebot der wirtschaftlichen Standortkonkurrenz orientiert; die gleiche soziale Rechte für alle kennt und auf internationaler Ebene gleichberechtigte Kooperation anstelle von Vormachtstreben und Ausplünderung pflegt, in der die private Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft und die natürlichen Ressourcen aufgehoben ist.

Wir stehen für eine gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel und Ressourcen ein und wir lehnen jede Ordnung ab, in denen Menschen sich durch Kapital oder durch Verfügung über bürokratische Apparate Privilegien verschaffen und andere ausbeuten. Das könnten wir als sozialistische Demokratie bezeichnen. Wir treten für die uneingeschränkte Freiheit aller Menschen ein, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, und für ihr Recht, gleichermaßen an den gesellschaftlichen Entscheidungen über die Verteilung der Ressourcen und des von ihnen erwirtschafteten Reichtums teilzunehmen. Wir wollen eine Beteiligungsdemokratie anstelle einer repräsentativen Demokratie, die die wesentlichen Entscheidungen auf einen immer kleineren Kreis von Menschen reduziert und einen immer größeren Teil von der Teilhabe am Wohlstand, an kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten und an demokratischer Mitentscheidung ausschließt.

Unsere Orientierung

Wir stehen in der Tradition der revolutionär-sozialistischen und libertär-sozialistischen Linken, die im vergangenen Jahrhundert eine freiheitliche und emanzipatorische Perspektive verfolgten und sich sowohl gegen die Sozialdemokratie als auch gegen den Stalinismus gewandt haben.

Der Stalinismus, der sich im Zuge der Degenerierung der russischen Revolution – einer eigentlichen Konterrevolution – durchsetzte, brachte ein diktatorisches und

verbrecherisches Regime hervor. Auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der anderen bürokratischen Regimes 1990 zählen sich auch ausgesprochen autoritäre und in geopolitischen Denkmustern verhaftete Strömungen zur Linken. Die Organisationen, die aus der klassischen kommunistischen Tradition, können keine Anknüpfungspunkte für eine freiheitliche und emanzipatorische Perspektive sein. Dasselbe gilt für Denkrichtungen, die in einem falsch verstandenen sogenannten Antiimperialismus auch reaktionäre Regimes und Bewegungen verteidigen, nur weil sie scheinbar gegen die westliche Dominanz eintreten.

Die Sozialdemokratie ist seit dem Ersten Weltkrieg synonym mit der Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Interessen der dominanten kapitalistischen Gruppen. Die sozialdemokratischen Parteien haben sich zu Trägern der Modernisierung der kapitalistischen Ausbeutungsordnung transformiert. Allenfalls geht es ihnen darum, die sozialen Verwerfungen auf der Jagd nach Profit möglichst billig abzufedern. Sie bringen die sozialen und politischen Belange derer, die gezwungen sind, vom Verkauf ihrer Arbeitskraft zu leben, nicht mehr zum Ausdruck.

Wir verstehen uns als Teil der ArbeiterInnenbewegung beziehungsweise der Bewegungen und Kämpfe, die sich für die **Interessen der Lohnabhängigen** einsetzen. Lohnabhängig sind alle Menschen, die gezwungen sind unter mehr oder weniger prekären Bedingungen ihre Arbeitskraft für Lohn oder eine andere Form der Bezahlung verkaufen. Dazu zählen ArbeiterInnen, Angestellte, prekär Beschäftigte, Arbeitslose, Menschen, die vom Einkommen ihrer PartnerInnen leben sowie KleinunternehmerInnen. Alle diesen Menschen ist gemeinsam, dass sie nur leben können, wenn sie ihre Arbeitskraft mehr oder weniger erfolgreich anbieten. Das sind in den reichen Ländern Europas jeweils um die 80 bis 90% der Bevölkerung. Diese Gemeinsamkeit betonen wir mit dem Begriff Lohnabhängige bewusst. Denn um politisch und gesellschaftlich relevant zu werden, sind in aller Unterschiedlichkeit auch gemeinsame Interessen zu artikulieren.

Ohne gewerkschaftliche Organisation können sich die Lohnabhängigen nicht verteidigen. Leider sind viele Gewerkschaften nicht mehr in der Lage sich wirksam für die Lohnabhängigen, Prekären und Arbeitslosen einzusetzen. Das liegt einerseits an den Veränderungen in der kapitalistischen Gesellschaft, ist aber auch Ergebnis einer Bürokratisierung zahlreicher Gewerkschaften.

Wir stehen für eine grundlegende Neuformierung, ja sogar einen Neuaufbau der Gewerkschaften ein. Sie sollen sich nicht nur für diejenigen zuständig fühlen, die Arbeit und Einkommen haben, sondern gerade für diejenigen, die innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen ausgeschlossen sind von demokratischen und staatsbürgerrechtlichen Rechten, sozialer Sicherheit, vertraglich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen, gleichem Lohn für gleiche Arbeit oder überhaupt von der Aussicht auf einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz: das sind MigrantInnen, Erwerbslose, Leiharbeitende, prekär Beschäftigte jeglicher Art und viele Frauen. Wir setzen uns für Gewerkschaften ein, die sich den Herausforderungen

der neoliberalen Globalisierung stellen und sie mit dem Aufbau international streik- und kampffähiger Verbände beantworten; für Gewerkschaften, die solidarisch sind mit anderen sozialen Bewegungen, in denen sich Betroffene organisieren.

Wir sehen uns als Teil einer **feministischen Bewegung**, die sich jeder Diskriminierung aufgrund des Geschlechts widersetzt und für die Emanzipation der Frau als Teil des allgemeinen gesellschaftlichen Emanzipationsprozesses versteht. Wir widersetzen uns jeder Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung. Die klassische Arbeiterbewegung hat den patriarchalen Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen lange Zeit nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt. Trotz Errungenschaften sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt weiterhin benachteiligt. Frauen leisten mehr unbezahlte reproduktive Arbeiten. Eine autonome Frauenbewegung ist wichtig, um patriarchalen Einstellungen und Verhaltensweisen begegnen, das gilt auch für nur für die ganze Gesellschaft, sondern auch für die Organisationen der Lohnabhängigen und der Linken, die ebenfalls zumeist patriarchal strukturiert sind. Eine neue ökosozialistische Bewegung muss die verschiedenen Diskriminierungs- und Unterdrückungsformen gemeinsam denken. In diesem Sinne setzen wir uns für die gegenseitige Befruchtung feministischer und sozialistischer Bewegungen ein.

Wir beteiligen uns an einer **ökologischen Bewegung**, die den Ursachen der Umweltzerstörung auf den Grund gehen will. Diese Ursachen haben ganz wesentlich mit der kapitalistischen Profit- und Konkurrenzlogik zu tun. Wir vergessen allerdings nicht, dass auch die ehemalige UdSSR und die anderen bürokratischen Diktaturen aufgrund ihrer autoritären Kommandowirtschaften die Natur systematisch zerstörten. Eine solidarische gesellschaftliche Alternative muss zwingend einen Stoffwechsel mit der Natur praktizieren, der tragfähig ist. Das setzt voraus, dass die allermeisten Produktionsprozesse, Transportvorgänge und Konsumgewohnheiten grundlegend neu organisiert werden. Die gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen sind eng miteinander verwoben.

Die weltweite **Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung** und die Konzernherrschaft in den 2000er Jahren kristallisierte während mehreren Jahren antikapitalistische Ansätze und Hoffnungen. Wie wurde genährt von verschiedenen sozialen Bewegungen, politischen Strömungen und Nichtregierungsorganisationen, die das Bestreben einte, eine solidarische Alternative zur bestehenden Weltwirtschaftsordnung aufzubauen. Auch die Bewegungen gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA brachten unterschiedliche Sensibilitäten und Wünsche zum Ausdruck. Doch diese Bewegungen schafften es nicht, wirklich die Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern so substanziell zu verändern, dass die herrschende Politik abgelöst oder auch nur spürbar korrigiert werden konnte.

Der neoliberale Gesellschaftsumbau ist sozusagen im Erbgut der Europäischen Union eingeschrieben. Das gilt ganz besonders für die Währungsunion und den

Euro. Weit davon entfernt, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Europa zum Besseren anzugleichen, verschärft die EU die ungleiche Entwicklung in Europa. Anstatt schrittweise eine Sozialunion zu entwickeln, wurde eine einheitliche Währung geschaffen, die die ungleiche Entwicklung zusätzlich antreibt. Die Währungsunion hat den Unternehmen in den wirtschaftlich stärksten Ländern am meisten genützt. Sie finden offene Märkte und profitieren davon, dass der Euro tiefer bewertet ist als eine eigene Währung das wäre. Den Bewegungen der Lohnabhängigen, der rebellischen sozialen Bewegungen und der politischen Linken in den peripheren Ländern Europas bleibt nichts anderes übrig, als dieses System komplett in Frage zu stellen.

Auch wir stellen die EU und den Euro in Frage, aber nicht um Österreich zu schützen und den Nationalstaat wieder zu stärken, sondern weil im Rahmen dieser Institutionen weder ein antikapitalistischer Bruch noch eine ökosozialistische Perspektive möglich sein. Zugleich treten wir für eine völlige Neugründung eines solidarischen europäischen Projekts ein, weil wir überzeugt sind, dass die großen sozialen und ökologischen Herausforderungen europäische und letztlich sogar globale Antworten erfordern.

Wir wollen uns in einen grundlegenden gewerkschaftlichen und politischen Neuformierungsprozess der Klasse der Lohnabhängigen einbringen. Dieser Neuformierungsprozess muss die gewerkschaftlichen Anliegen, den Widerstand gegen die Naturzerstörung und die Bestrebungen für solidarische Geschlechterverhältnisse gemeinsam denken und zwar auf internationaler Ebene. Wir brauchen kämpferische Gewerkschaften, starke soziale Bewegungen und eine neuartige revolutionär-sozialistische Organisation, die diese Anliegen in einer noch auszuarbeitenden ökosozialistischen Perspektive miteinander verbindet.

Wir treten dafür ein, dass Lohnabhängige, Erwerbslose, Studierende, Bäuerinnen und Bauern, GewerkschafterInnen und MigrantInnen ihre Belange in verschiedene soziale Bewegungen einbringen und national wie international den Schulterchluss mit allen suchen, die gemeinsam gegen die Konzernherrschaft und gegen die kapitalistische Ausbeutungsordnung kämpfen. Hier kann eine neue Internationale der sozialen Bewegungen aufgebaut werden – und das ist die Voraussetzung dafür, dass wir einen solidarischen Ausweg aus der drohenden Barbarei finden.

Sie wird auch eine Grundlage für eine **politische Neuformierung einer Bewegung für gesellschaftliche Emanzipation und für eine ökosozialistische Gesellschaft** sein. Mit der weitgehenden Aufhebung der nationalen Kontrollen über die Finanzmärkte und der damit einher gehenden Verschärfung der Konkurrenz zwischen Lohnabhängigen verschiedener Regionen, mit der verstärkten EU-Integration auf neoliberaler Basis und schließlich dem anhaltenden Krieg um die Vorherrschaft auf der Welt ist es nicht mehr möglich, Alternativen zum Bestehenden im nationalstaatlichen Rahmen zu formulieren. Auch politisch muss eine Neuformierung der sozialistischen Linken deshalb am Aufbau einer neuen Internationale ansetzen.

Unsere Aktivitäten

Wir wollen mit allen interessierten Personen, die sich ähnliche Überlegungen anstellen, in Diskussion kommen und zusammenarbeiten.

Wir werden uns einbringen in Aktivitäten und Bewegungen gegen die neokonservative ÖVP-FPÖ-Regierung und ihre Angriffe gegen soziale Errungenschaften. Wir wollen uns in die Auseinandersetzungen in Österreich einmischen und einen Beitrag im Widerstand gegen Sozialabbau, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, Umweltzerstörung und Rassismus sowie alle Formen der Unterdrückung und Diskriminierung leisten. Wir werden in Salzburg aktiv sein und uns für günstigen Wohnraum, einen sozialen und umweltverträglichen Stadtverkehr sowie für eine soziale Stadt einsetzen. Zugleich sehen wir uns im Zusammenhang mit Bewegungen in unterschiedlichen Ländern Europas, die für ähnliche Ziele eintreten. Wir wollen eng mit ähnlich gesinnten Organisationen in Deutschland und der Schweiz zusammenarbeiten.

Wir beteiligen am Neuformierungsprojekt Aufbruch und unterstützen auch in Zukunft ähnliche Vorhaben. Denn keine der bestehenden sozialistischen Gruppen ist fähig, breitere Kampagnen zu führen und damit zumindest ansatzweise eine gesellschaftliche Wirkung zu entfalten. Keine Gruppe wird organisch wachsen können, um irgendeinmal eine große Partei zu sein. Wir stehen ein für eine pluralistische antikapitalistische Organisation, die verschiedene Denkrichtungen und Strömungen vereinigt, einen organisatorischen Rahmen für gemeinsame Lernprozesse bietet und vor allem den Willen hat, Lohnabhängige in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit anzusprechen, um die Kräfteverhältnisse wirklich zu verändern.

Ohne breitere soziale Bewegungen ist es allerdings unwahrscheinlich, dass eine solche Kraft entstehen kann. Darum werden wir auf konkreten Sachthemen, in konkreten politischen Auseinandersetzungen, versuchen mit anderen Kräften zusammenzuarbeiten. Widerstand gegen weitere Flexibilisierung der Arbeit und Verlängerung der Arbeitszeit, gegen einen Abbau von Sozialversicherungen, gegen Privatisierungen muss sich immer auf möglichst viele Menschen stützen, die beginnen aktiv zu sein. Beispielsweise werden wir versuchen themenbezogene Komitees und Aktionsbündnisse zu bilden und uns bei diesen konstruktiv einbringen. Diese Bewegungen und Bündnisse müssen von allen politischen Parteien und Organisationen unabhängig sein. Wir sprechen uns gegen einen instrumentellen Zugang zu solchen Bündnissen aus.

Wir wollen den Kapitalismus überwinden

Wir begnügen uns nicht mit einer partiellen Verteidigung unserer Lebensbedingungen und Reformen zur Bändigung des Kapitalismus. Vielmehr setzen wir uns für eine Perspektive ein, die von den aktuellen Bedürfnissen breiter Schichten von Lohnabhängigen ausgeht und dabei zugleich die Profit- und Konkurrenzlogik der kapitalistischen Gesellschaft überwindet. Derartige Übergangsforderungen zeigen, dass eine emanzipatorische ökosozialistische und feministische Perspektive durchaus bereits in unseren alltäglichen Auseinandersetzungen eingebracht werden kann. Die genannten Forderungen sollen kein Forderungskatalog darstellen, sondern aufzeigen, mit welchem Verständnis wir auf die gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen antworten. Wichtig ist, uns Prozesse der Verständigung und der Selbstaktivität der Lohnabhängigen anzuschließen.

Politische und soziale Rechte für alle

Die Demokratie ist äußerst beschränkt. Wir leben in einer gespaltenen Gesellschaft. Einem großen Teil der Bevölkerung werden einfache politische Rechte verwehrt. Haben schon die bisherigen Regierungen die Spaltung zwischen den Menschen gefördert, erhebt die neue neokonservative Regierung die gesellschaftliche Spaltung zum Prinzip. Wer nicht den österreichischen Pass hat, wird politisch diskriminiert. Menschen, die nicht aus dem österreichischen, europäischen und „christlichen“ Kulturkreis stammen, müssen zuerst beweisen, dass sie überhaupt zur „Gesellschaft“ passen.

Wir setzen uns für gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte für alle Menschen ein, die hier leben. Konkret sollen alle Menschen, die mindestens ein Jahr in Österreich leben das aktive und passive Wahlrecht haben. Sie sollen sich genauso wie diejenigen, die aus unterschiedlichen Gründen einen österreichischen Pass haben, in die Entscheidungsfindung in diesem Land einbringen können. Soziale Rechte hängen von der Qualität und dem Zugang zur gesellschaftlichen Infrastruktur ab. Darum sollen hier lebenden Menschen kostenloser Zugang zu unserer gesellschaftlichen Infrastruktur haben, dazu zählen ganz besonders Bildungseinrichtungen und Gesundheitsversorgung.

Die bürgerliche Demokratie stützt sich auf Geld. Wahlkämpfe sind teuer. Wer in der Lage ist, sich durch Unternehmen und vermögende Individuen sponsern zu lassen, kann eine Massenwirkung entfalten und Wahlen stark beeinflussen. Diese Gelddemokratie gilt es zu überwinden, in Richtung umfassende gesellschaftliche und politische Teilhabe.

Die Reichen sollen zahlen

Die Armut nimmt in vielen europäischen Ländern und in Nordamerika zu, auch in Österreich. Es gibt viele Menschen, die nicht von der eigenen Arbeitsleistung bzw. der Familienangehörigen leben können. Das ist in erster Linie eine Folge von zu tiefen Löhnen. Langzeitarbeitslose drohen zu verarmen.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird tiefer. Die Steuerbelastung für die Reichen und die Unternehmen wurde in den letzten zwanzig Jahren deutlich reduziert und damit bewusst eine „Steuerkrise“ der öffentlichen Hand provoziert.

Angesichts des akkumulierten Reichtums lassen sich die gesellschaftlichen Bedürfnisse problemlos finanzieren. Die Abschaffung der Erbschaftssteuer in Österreich ist ein Hohn. Wir fordern stark progressive Steuern auf Einkommen, Vermögen, Gewinne und Erbschaften. Die Organisationen der Lohnabhängigen und sozialistische Kräfte sollten auch darüber nachdenken, wie mit einer Harmonisierung der Steuern auf internationaler Ebene die Ausblutung der öffentlichen Hand durch den ruinösen Steuerwettbewerb verhindert werden kann.

Mindestlöhne und radikale Arbeitszeitverkürzung

Tiefe Löhne und Armut sind miteinander verbunden. Daher sind wir für die Einführung Mindestlöhnen und einem garantierten Mindesteinkommen, die allen Menschen ein würdiges Leben ermöglichen. Auch die Wohnkosten tragen dazu bei, Menschen in die Armut zu treiben. Darum treten wir für Mietobergrenzen und kommunalen Wohnbau ein. Wir treten grundsätzlich für das Recht auf sinnvolle Arbeit und auf Wohnung ein. Das gilt es zu konkretisieren.

Die Digitalisierung der Wirtschaft unter kapitalistischer Herrschaft wird dazu führen, dass die Unternehmen Millionen von Arbeitsplätzen streichen. Der technologische Wandel und die Produktivitätsgewinne würden allerdings auch erlauben, die Arbeit komplett neu auf eine solidarische Weise zu organisieren.

Wir setzen uns für eine radikale Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit ein. Die Perspektive einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist mit einer breiten Debatte über anstrengenswerte Produktionsziele, erwünschte und unerwünschte Wirtschaftssektoren, die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sowie die internationale und regionale Arbeitsteilung zu verbinden. Eine Reorganisation der Arbeit und radikale Arbeitszeitverkürzung ist keine technische, sondern eine gesellschaftliche Angelegenheit. Darum müssen Gewerkschaften und Betriebsräte sich in die Lage setzen, den unternehmerischen Restrukturierungen ein starkes Veto entgegenzusetzen und mit den Beschäftigten demokratische Formen der Arbeits- und Unternehmensorganisation zu entwickeln. Eine solche Orientierung fordert allerdings letztlich die unternehmerische Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel heraus.

Im Rahmen einer Neuorganisation öffentlicher Dienste stellt sich die Frage, wo zusätzliche Arbeit dringend nötig ist. In vielen Bereichen unserer Gesellschaft, hauptsächlich bei der Bildung und im Sozialwesen können zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Vergesellschaftung von Pflege- und Hausarbeit trägt dazu bei, die diskriminierende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zurückzudrängen und aufzuheben.

Ein ökologischer Umbau wird die Landwirtschaft wieder arbeitsintensiver machen. Wir wollen dazu beitragen Vorstellungen für eine Neuverteilung der Arbeit, der eingesparten Arbeit und der Freizeit zu entwickeln. Ein solches Herangehen wirft unmittelbar auch die Frage nach der Neuorganisierung der Arbeitsverhältnisse, der Umverteilung der reproduktiven Arbeiten und der solidarischen Neugestaltung der internationalen Arbeitsteilung auf. Eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden in Woche bei vollem Lohnausgleich ist eine wesentliche Voraussetzung für die Neugestaltung der Verhältnisse zwischen den Geschlechtern.

Recht auf Asyl und Migration

Die „Ausländerpolitik“ Österreichs und aller europäischer Länder war und ist eine Arbeitsmarktpolitik. Vom Kapital erwünschte AusländerInnen sind willkommen. Die anderen werden abgewiesen. Die sich verschärfenden politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen zwingen mehr und mehr Frauen und Männer, ihr Land auf der Suche nach einer besseren Existenz zu verlassen. Auf der Flucht vor politischer Unterdrückung suchen Menschen sicheres Asyl. Frauen wollen ihrer Unterdrückung mit der Flucht in andere Länder entrinnen. Wir widersetzen uns der rassistischen Ausgrenzungs- und Spaltungspolitik und setzen uns für grundlegendes Recht auf Asyl und Migration ein. Der Kampf gegen Rassismus und gegen die Diskriminierung von Flüchtlingen und MigrantInnen ist unabdingbar, um der Spaltung der Lohnabhängigen und Unterdrückten entgegenzuwirken.

Die Herrschenden setzten MigrantInnen ein, um Löhne und Arbeitsstandards zu senken. Deshalb müssen einheitliche Lohn-, Arbeits- und Sozialversicherungsstandards verteidigt und erkämpft für alle EinwohnerInnen Österreichs werden, um zu verhindern, dass MigrantInnen als LohndrückerInnen eingesetzt werden. Das sollte ein zentrales gemeinsames Aufgabenfeld von Gewerkschaften und Organisationen von MigrantInnen sein. Das Recht auf Migration muss also unmittelbar mit der Durchsetzung gleicher Standards verknüpft werden. Der selbstkritische Umgang mit Formen des unterschweligen Rassismus in Gewerkschaften und in linken Organisationen ist ein wichtiger Aspekt dieses alltäglichen Bestrebens, Spaltungslinien zu vermeiden.

Für eine Teilhabe an unserer Gesellschaft ist entscheidend, dass es eine soziale Infrastruktur, ganz besonders im Bildungsbereich, gibt, die es den Menschen, unabhängig von ihrem Pass, ermöglicht, sich zu bilden und qualifizieren. Selbstver-

ständig muss der Zugang zu Bildungs- und Sozialeinrichtungen für alle Menschen kostenlos sein.

Feminismus: mehr als Gleichheit

Die Frauen werden noch immer diskriminiert, sei es bei der entlohnten und nicht-entlohnten Arbeit, Familie, Mutterschaft, Bildung, sozialen Sicherheit, Präsenz im öffentlichen Raum sowie durch sexuelle Belästigung und Gewalt. Patriarchale und klassenspezifische Unterdrückungsmechanismen erfolgen miteinander verschränkt. Lohnabhängige sowie vom Lohn des Partners abhängige Frauen erfahren Ausbeutung und Unterdrückung auf eine spezifische Weise.

Die alte Forderung von gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ist noch immer nicht verwirklicht. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist Ausdruck patriarchaler Verhältnisse und der kapitalistischen Verwertungslogik der Arbeit. Eine allgemeine radikale Arbeitszeitverkürzung ist eine wichtige Voraussetzung um Teilung der Arbeitszeit sowie der reproduktiven und freien Zeit zwischen den Geschlechtern so zu organisieren, dass Diskriminierungen zurückgedrängt und letztlich aufgehoben werden. Zugleich sind Formen der Vergesellschaftung von Haus- und Pflegearbeit zu entwickeln.

Vielen Menschen, vor allem Frauen, genießen weiterhin keine vollen sexuellen und reproduktiven Rechte. Dazu zählen selbstbestimmte Sexualität, Recht auf medizinische Betreuung während Schwangerschaft und Geburt, Zugang zu Verhütungsmitteln und das Recht auf Abtreibung. Die technologischen Fortschritte in der Reproduktionsmedizin haben dem Kapital neue Felder zur Verwertung eröffnet. Das Einfrieren unbefruchteter Eizellen für spätere Befruchtung, Eizellenspende und Leihmutterschaft werfen grundsätzliche Fragen in Bezug auf die reproduktive Gerechtigkeit im Weltmaßstab auf. Eine individuelle Steigerung der Lebensqualität kann mit zunehmender gesellschaftlicher Ungleichheit einhergehen.

Unmittelbar widersetzen wir uns jeglicher Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Die feststehende Einteilung der Menschen in zwei feststehende Geschlechter und der damit zugeschriebenen Verhaltensweisen ist zu hinterfragen.

Uns geht es nicht nur um die Gleichstellung von Frauen und Männern gegenüber der Ausbeutung durch das Kapital. Vielmehr wollen wir die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung überwinden und damit die gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Geschlechtern grundsätzlich verändern. In diesem Sinne stellen wir alle hierarchischen Verhältnisse in Frage, die unsere Gesellschaft bestimmen und spalten.

Recht auf ein würdiges Leben und Altern

Mit dem Argument, dass der Anteil betagter Menschen in unseren Gesellschaften im Verhältnis zu den Arbeitenden zunimmt, stellen neoliberale PolitikerInnen und UnternehmensvertreterInnen das Umlageverfahren bei den Renten in Frage und propagieren den Aufbau eines Systems mit kapitalgedeckten Renten. Kapitalgeckte Pensionssysteme haben sich zu einem profitablen Feld von Anlagefonds und Unternehmen des Finanzkapitals entwickelt. Diese betreiben einen Raubzug auf die Löhne der Lohnabhängigen, denn die Wertsteigerungen ihrer Fonds beruhen letztlich auf höheren Profiten der Unternehmen. Wir setzen uns für existenzsichernde Renten auf der Basis des Umlageverfahrens ein. Wir wollen die umlagegestützten Rentensysteme ausbauen und die bestehenden Einrichtungen kapitalgedeckter Rentenversicherungen in die allgemeine umlagefinanzierte Rentenkasse überführen.

Eine würdevolles Altern ist nicht zuletzt auch eine Frage, wie die Pflege betagter Menschen finanziert und organisiert ist. Weil die Versicherungsleistungen ungenügend sind, stützen sich Betagte und ihre Angehörigen vermehrt auf PflegerInnen aus Osteuropa. Deren Arbeitsbedingungen sind sehr oft ausgesprochen schlecht.

Wir setzen uns für eine einheitliche staatliche und durch die BürgerInnen kontrollierte Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungen ein, die über progressive Lohnabzüge finanziert werden. Der in unserer Gesellschaft akkumulierte Reichtum und die Produktivitätszuwächse der Wirtschaft reichen problemlos aus, um das Recht auf eine würdevolle Pflege und für gute Arbeitsverhältnisse im Gesundheitsbereich zu garantieren.

Gesellschaftliche Aneignung statt Privatisierungen

Das Kapital eignet sich mit Privatisierungen öffentlicher Dienste neue Sektoren zur Kapitalverwertung an. Alles was lukrativ erscheint soll zur Ware werden. Die betriebswirtschaftliche Gewinnmaximierung steht in direktem Widerspruch zu den gesellschaftlichen Bedürfnissen. Wir widersetzen uns grundsätzlich der Privatisierungspolitik. Eine gute gesellschaftliche Infrastruktur in Gemeineigentum ist ein zentraler Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft.

Die Verteidigung eines vielfältigen und qualitativ guten Dienstleistungsangebots ist aber nicht zu vereinbaren mit einem bürokratischen und hierarchischen Apparat. Vielmehr sind die Lohnabhängigen in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Hierarchische Strukturen sollen abgebaut werden. Denn sie haben nur den Sinn, das Personal ohne Eigenverantwortung zu kontrollieren und die bürokratischen Administrationsmechanismen zu erhalten, anstatt die Qualität der zu leistenden Dienste zu gewährleisten. Auf der Basis eines echten Dialogs zwischen Benutze-

rInnen/BürgerInnen und Personal können die Angebote sozial gestaltet und gleichzeitig deren Vielfalt garantiert werden.

Solidarische Ökologie für einen tragfähigen Stoffwechsel mit der Natur

Der Klimawandel und dessen Folgen sind eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung auf Weltebene. Allerdings sind nicht alle Menschen gleich von den Folgen des Klimawandels betroffen. Während sich die Reichen schützen und anpassen können, bleiben die Armen den Dürren, Überschwemmungen und Bergstürzen schutzlos ausgeliefert. Das gilt ganz besonders für die peripheren Länder.

Das Kapital stützt sich nicht zuletzt auf die Auspressung und Aneignung natürlicher Ressourcen. Die voranschreitende Zerstörung der Lebensgrundlagen lässt sich nur stoppen, wenn wir das Umweltproblem nicht isoliert anpacken, sondern die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedingungen berücksichtigen. Ein Wandel der Lebensformen bedingt auch eine radikale Umwandlung der Produktionsformen und der Arbeitsweisen. In diesem Sinne setzen wir uns für einen ökologischen Umbau der Industrie, des Transports, der technologischen Entwicklung und des gesamten Alltags ein, um einen tragfähigen gesellschaftlichen Stoffwechsel mit der Natur einzuleiten.

Wir müssen unsere Gesellschaften rasch vollständig auf erneuerbare Energie ausrichten und zugleich massiv Energie einsparen. Das hat weitreichende Konsequenzen für unsere Produktions- und Konsumweisen. Die Güterproduktion muss auf eine ökologische Weise umgebaut werden. In diesem Sinne sind Produkte wieder langlebiger, reparaturfähig und recyclingfähig zu gestalten, etliche Produktionszweige sind vollständig rückzubauen, umzubauen und durch andere zu ersetzen. Die Rüstungsindustrie beispielsweise ist schlicht runterzufahren. Die Automobilindustrie ist eine Industrie für eine nachhaltige Transportorganisation umzubauen. Der Ersatz von Verbrennungsmotoren durch Elektroantriebe ist jedoch keine Lösung. Der Individualverkehr ist insgesamt massiv zu reduzieren zugunsten kollektiver Transportmöglichkeiten. Das sind einige wenige Hinweise in die Richtung einer Kreislaufwirtschaft.

Nur ein international durchgesetzter ökologischer Umbau unser Produktions- und Konsumweisen ermöglicht es, den durch den Klimawandel, die Luftverschmutzung, die Zerstörung von Ackerland, Vernichtung trinkbaren Wassers und Reduktion der Artenvielfalt ausgelösten gesellschaftlichen Katastrophen entgegenzuwirken. Um einen solchen Umbau braucht es das gemeinsame Handeln der Lohnabhängigen. Nur sie können die Unternehmen, die öffentlichen Betrieb und den Staat dazu zwingen, ein derartiges Umbauprogramm umzusetzen.

Die kapitalistische Produktionsweise beruht auf Wachstumszwang. Eine ökosozialistische Gesellschaft überwindet diesen Zwang zur Akkumulation. Die Gesell-

schaft kann bewusst entscheiden, welche Sektoren sie fördern und ausweiten will und welche Produktionsbereiche zu reduzieren oder ersetzen sind. Wir wollen zur Entwicklung einer ökosozialistischen Perspektive beitragen. Hierzu wollen wir mit ähnlich orientierten Gruppierungen auch auf internationaler Ebene in einen Dialog treten.

Vom Antiimperialismus zum neuen Internationalismus

Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt sich räumlich extrem ungleich und schafft immer wieder neue Ungleichheiten. Modulare Produktionssysteme und die Konzentration von hochwertigen Tätigkeiten in wenigen privilegierten Regionen der Welt führen zu intensiven Verflechtungen und einer äußerst ungleichen Arbeitsteilung. Die kapitalistische Produktionsweise ist nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern auch ein Herrschaftssystem. Die Konzerne und Staaten der imperialistischen Länder trachten erneuert danach, sich natürliche Ressourcen und menschliche Fähigkeiten mit brutaler Gewalt anzueignen. Dabei kommen sie sich auch gegenseitig in die Quere.

Wir solidarisieren uns mit dem Widerstand der Menschen in den ausgebluteten Ländern des Südens gegen Ausbeutung und militärische Besetzung sowie mit dem Kampf für Selbstbestimmung, dazu zählen wir auch das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Zugleich widersetzen wir uns Positionen, die gesellschaftliche Konflikte durch eine geopolitische Brille beurteilen. Sich der Linken zurechnende Strömungen unterstützen oder tolerieren repressive Regimes, weil sie sich angeblich dem westlichen Imperialismus in den Weg stellen. Dazu sagen wir: Bewegungen und Regimes, die scheinbar gegen den Imperialismus auftreten, und gleichzeitig eine reaktionäre Politik verfolgen oder gar ihre Bevölkerung unterdrücken, verdienen unsere Unterstützung nicht. Im Gegenteil, wir sehen uns mit jenen Kräften solidarisch, die unabhängig von bürgerlichen und reaktionären Regimes und Organisationen für die demokratischen und gesellschaftlichen Anliegen der Unterdrückten kämpfen.

Jede radikale gesellschaftliche Veränderung lässt sich nur auf internationaler Ebene vorantreiben. Alle wesentlichen Fragen unserer Gesellschaften lassen sich nur noch auf internationaler Ebene anpacken. Eine der wichtigsten Herausforderungen ist es, eine grenzüberschreitende, internationale, ja globale und zugleich plurale Bewegung gegen den Imperialismus und Kapitalismus aufzubauen.

Europäische und transnationale Perspektiven

Eine antikapitalistische und ökosozialistische Perspektive muss die EU grundsätzlich in Frage stellen. Die EU ist in ihrem Fundament, in ihrer DNA, neoliberal ausgerichtet und agiert zunehmend autoritär. Der neoliberale Gesellschaftsumbau

zur Herstellung eines starken europäischen imperialistischen Blocks gegen die Rivalen in Nordamerika und Asien und zur Durchsetzung ungleicher Beziehungen mit den anderen Teilen der Welt ist der Kern der EU. Die nationalen Regierungen nutzen die Vorgaben der EU, die sie selber mitgestalten, um unsoziale und undemokratische Vorhaben zu durchzusetzen.

Wir brauchen eine Europäisierung und Transnationalisierung antikapitalistischer Konzepte und Vorschläge, um die neoliberale Hegemonie wirksam in Frage zu stellen und um Alternativen gesellschaftlich zu verankern. Alle großen gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen sind in einer transnationalen, europäischen und teilweise gar globalen Perspektive anzupacken. Soziale Bewegungen müssen sich internationalisieren, wollen sie wirksam das Kräfteverhältnis verändern. Auf europäischer Ebene stehen wir methodisch vor der Herausforderung, Vorschläge für eine europäische Organisation des Transportsystems, der Sozialversicherungen, des Steuersystems und sogar der Lohnbestimmungen zu erarbeiten, die an den aktuellen Problemen ansetzen und zugleich in die Richtung einer solidarischen und ökologischen Organisation der Gesellschaften in Europa weisen. Ganz besonders betonen wir auch, dass antikapitalistische und ökosozialistische Linke vor der Aufgabe stehen, Bewusstsein für transnationale Zusammenhänge und Perspektiven zu schaffen.

Aufbau einer Gegenmacht und gesellschaftliche Aneignung

Wir wollen die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und die gesellschaftliche Nützlichkeit in den Mittelpunkt stellen. Es gilt Methoden zu entwickeln, die eine demokratische Gestaltung und Planung von Infrastruktur, Dienstleistungen und Produktion ermöglichen. Die direkte demokratische Kontrolle durch die Beschäftigten und die NutzerInnen wird einen wirksameren Druck darstellen, Ressourcen nicht zu verschwenden, als das Bestreben einer maximalen privaten Profitaneignung.

Anstatt die Gesellschaft verstaatlichen zu wollen, streben wir vielmehr die gesellschaftliche Aneignung der gesamten Wirtschaft an. Das heißt, die BürgerInnen nehmen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. Ein Prozess der gesellschaftlichen Aneignung der öffentlichen Dienste und der zentralen Bereiche der Wirtschaft sowie die Neugestaltung der Arbeit und die Aneignung der Arbeit und ihrer Erzeugnisse durch die Arbeitenden treffen den Kern der Eigentumsfrage. Die private Verfügungsgewalt über die großen und strategischen Produktionsmittel kann nicht länger ein Tabu bleiben. Die radikale Demokratisierung, ein globales Bürgerrecht und die gesellschaftliche Aneignung von Dienstleistungen und Produktionsprozessen sind zentrale Bausteine zur Konzipierung einer gesellschaftlichen Alternative.

Ein erster Schritt in diese Richtung wäre es, wenn die Lohnabhängigen bei allen Fragen, die direkt ihre Arbeitsbedingungen betreffen, sich gegenüber den institutionellen Investoren und den Managern durchsetzen könnten. Ein weiterer Schritt bestünde in der gesellschaftlichen Aneignung der Investitionen. Bislang obliegt es den Unternehmenseigentümern, die Investitionsentscheide zu treffen. Diesen Entscheiden liegen in der Regel nicht die gesellschaftlichen Bedürfnisse oder der demokratische Wille, sondern die Profiterwartungen zu Grunde. Eine gesellschaftliche Aneignung der Investitionen würde bedeuten, dass die Profite zusammengeführt werden und ihre Verwendung nicht entsprechend individueller Firmenstrategien, sondern gemäß den demokratischen Entscheiden einer Gesellschaft erfolgt.

Letztlich sind die Entscheide über die Orientierung der Produktion und der Dienstleistungen Angelegenheit der gesamten Bevölkerung. Vor besondere Herausforderungen sind wir bei der gesellschaftlichen Aneignung des technologischen Wissens und der demokratische Gestaltung technologischer Entwicklungen gestellt. Die demokratische Gestaltbarkeit technologischer Entwicklungen hängt direkt mit der demokratischen Souveränität über die Investitionen zusammen. Könnten wir den Gebrauchswert von Industriezweigen und von Technologien in den Mittelpunkt rücken, stünden wir schnell auch vor der Frage, wie eine Konversion nicht-erwünschter Produktionsbereiche in die Wege geleitet werden könnte. Viele Tätigkeiten – zu allererst die Rüstungsindustrie – sind schädlich oder nutzlos, andere können zusammengefasst oder völlig neu organisiert werden. Letztlich können Alternativen nicht rein theoretisch formuliert werden, vielmehr entwickeln sie sich dynamisch im Zusammenspiel von Bewegungen, Kämpfen und der Ausarbeitung neuer Konzepte.

Eine rein betriebliche Selbstverwaltung wäre zu beschränkt, denn die gesellschaftliche Kontrolle der Produktion und der Dienstleitungen kann nicht nur durch die Beschäftigten eines Unternehmens erfolgen. Jenseits der betrieblichen Interessen, die die Beschäftigten eines Unternehmens in der Regel primär verfolgen, sind zahlreiche weitere Erwägungen und Kompetenzen zu berücksichtigen. So sind beispielsweise die KonsumentInnen und EinwohnerInnen des betroffenen Territoriums in die Aufgaben der gesellschaftlichen Kontrolle einzubeziehen. Strategische Orientierungen eines großen Konzerns oder einer ganzen Industrie sind durch politische Instanzen zu diskutieren und bestimmen. Derartige Prozesse der gesellschaftlichen Aneignung und demokratischen Kontrolle sind auf unterschiedlichen Maßstabsebenen voranzutreiben. Je nach gesellschaftlichen Bedürfnissen und Organisation der Produktionssysteme können lokale, nationale, europäische, unterschiedliche transnationale oder gar globale Prozesse relevant sein. Letztlich stellen solche gesellschaftliche Aneignungsprozesse sowohl die bestehenden Nationalstaaten als auch die Europäische Union in Frage.

Damit sind wir beim Problem der Planung. Die traumatischen Erfahrungen der bürokratischen Kommandowirtschaften in der Sowjetunion und in China haben die

zentrale volkswirtschaftliche Planung grundlegend diskreditiert. Gerade demokratische Entscheidungsprozesse über die großen Richtungsfragen der wirtschaftlichen Entwicklung unterscheiden eine sozialistische Demokratie von den bisherigen Erfahrungen bürokratischer Kommandowirtschaften. Droht jede Form volkswirtschaftlicher Planung und Koordination jenseits des Marktes unweigerlich einen gigantischen, bürokratischen Apparat zu verursachen? Die Geschichte der sozialen Bewegungen und paradoxerweise sogar der Kapitalismus laufend Ansatzpunkte, dass es auch demokratische und ressourcensparendere Formen der Planung geben könnte.

Zumindest auf der Unternehmens- und Konzernebene zeigen uns große Konzerne durchaus Elemente einer sinnvollen Planung. Zugleich pervertieren die Konzerne diese Planungsprozesse und unterwerfen sie ihrem Bestreben der Profitmaximierung. Gesellschaftliche Planung ist zunächst politisch. Die Ausarbeitung des Planes entspringt einem doppelten Prozess: ersten der Debatte der BürgerInnen über die grundsätzlichen ökonomischen Orientierungen und Ressourcenzuteilungen; zweitens der Debatte der ProduzentInnen, die darüber befinden, wie die großen Entschiede umzusetzen sind. Eine ungelöste Frage ist wie sich die Erfordernisse und Logiken der zentralen nationalen und transnationalen Planung mit den Planungen in kleineren oder sogar größeren Räumen und in einzelnen Industriesektoren verknüpfen und harmonisieren lassen, ohne einen überdimensionierten bürokratischen Apparat zu schaffen.

Im Laufe von Kämpfen haben sich Lohnabhängige immer wieder eigene Strukturen gegeben, die eine Kontroll- oder sogar eine Doppelmachtfunktion gegenüber der Macht der Unternehmen einnahmen (Mai 1968 in Frankreich, Italien 1969 und 2001-2002 in Argentinien). Manchmal schlossen sich derartige alternative Machtstrukturen sogar zu einer gesellschaftlichen Gegenmacht zusammen (Polen 1980/81). Diese Erfahrungen sind wichtig. Sie geben uns Anregungen wie eine breit verankerte gesellschaftliche Gegenmacht aufgebaut und wie der Repression durch den Staat begegnet werden kann.

Die Ausweitung der Demokratie in die ökonomische Sphäre ist mit neuen Strukturen der Gegenmacht und Selbstverwaltung verbunden, die eine alternative ökonomische Orientierung konzipieren und auch durchsetzen. Hierbei drängt es sich auf, die betrieblichen und territorialen Strukturen der Selbstverwaltung, also neuer Formen der Demokratie, zu verknüpfen mit den bestehenden Formen bürgerlich parlamentarischer Demokratie sowie mit Initiativ-, Referendums- und obligatorischen Abstimmungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen. Wir gehen aber nicht davon aus, dass sich der bestehende Staat oder quasi-staatliche Institutionen wie die EU graduell verändern lassen. Eine vollständige gesellschaftliche Aneignung der Wirtschaft und eine umfassende Demokratisierung werden nur möglich sein, wenn die bestehende Staatlichkeit überwunden und die alten staatlichen Machtapparate zerschlagen werden. Das geschieht dann, wenn sich die Gegenmachtsstruk-

turen zu wirklichen Selbstverwaltungsstrukturen durchsetzen. Damit entsteht eine neue Form von Staatlichkeit, die letztlich aber auch wieder zurückzudrängen und zu überwinden ist.

Soziale Gleichheit und die Aufhebung der Klassen sind Voraussetzung für die freie Entfaltung der Individuen. Individuelle Selbstveränderung und kollektive Änderung der gesellschaftlichen Umstände sind dialektisch vermittelt, fallen ihrem Wesen nach zusammen und machen die revolutionäre Praxis aus. Nur im Kampf der lohnabhängigen Klasse und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten gegen die kapitalistische Klasse lässt sich die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft überwinden. Aus der kollektiven Selbstaktivität und Selbstorganisation der Lohnabhängigen zusammen mit anderen ausgebeuteten und unterdrückten Schichten der Gesellschaft kann ein wirklich demokratisches System entstehen, das von Anfang an den Keim des Absterbens der Herrschaft von Menschen über Menschen in sich trägt.

Selbstaktivität: von der Reform zur Revolution

Emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungen können weder herbeikommandiert noch mit staatlicher Gewalt durchgesetzt werden. Voraussetzung für gesellschaftliche Aneignungsprozesse sind die Selbstorganisation und demokratisch gesellschaftliche Kontrolle. Die hier vorgeschlagenen Schritte haben einen Doppelcharakter. Sie sind radikale Reformen, zugleich widersprechen sie der Logik des Kapitalismus. Sie entwerfen eine Logik der gesellschaftlichen Aneignung gegenüber der Logik der Enteignung und privaten Unterwerfung. Wir wollen die Demokratie radikal ausweiten und eine vollständige politische und ökonomische, letztlich gesamtgesellschaftliche Demokratie durchsetzen.

Der Ausgangspunkt sind die *individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnisse* auf Weltebene sowie die Vorstellung einer gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur, der ökologisch tragfähig ist. Eine ökologisch tragfähige Befriedigung der Bedürfnisse ist im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise nicht möglich. Daher ist theoretisch und praktisch ein *Bruch* zu formulieren. Eine alternative Orientierung besteht schließlich in der *demokratischen und gesellschaftlichen Aneignung* von Ressourcen und Produktionsmitteln.

Die gesellschaftliche Aneignung beginnt damit, dass Anknüpfungspunkte, Forderungsperspektiven und Ausdrucksformen gefunden werden, die an den Widersprüchen unseres Alltagslebens ansetzen und Alternativen bieten, die das Leben verbessern. Zugleich können diese Alternativen keine punktuelle Reparatur sein. In ihrer Dynamik tragen sie vielmehr zu einer gesellschaftlichen Transformation bei, welche die Logik der privaten Profitmaximierung, und die Logik der Konkurrenz überwindet. Damit werden Reformen verbunden mit einem globalen und emanzipatorischen Projekt der grundlegenden antikapitalistischen Transformation, das

sich auf die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität stützt. Die entscheidende Voraussetzung ist die Selbsttätigkeit der Menschen, ihre kollektive Aneignung von Rechten, Fähigkeiten, Kreativität, Ressourcen und Macht. In diesem Sinne verbinden wir den Kampf für radikale Reformen mit einer revolutionären Perspektive des Aufbaus von Gegenmacht und schließlich der Machtübernahme durch die Lohnabhängigen und andere Ausgebeuteten und Unterdrückten.

Anhang

Überlegungen zum Namen

Hier stelle ich einige Überlegungen über Vor- und Nachteile von Namen zusammen. Wichtig zu bedenken ist, dass nicht nur die Namensgebung, sondern das Organisationsprojekt überhaupt einen provisorischen Charakter hat. Wir können nicht davon ausgehen, dass wir in Salzburg eine Gruppe formieren, die dann organisch wächst und schließlich eine große Organisation in ganz Österreich werde. Es geht darum, Farbe zu bekennen und Perspektiven zu benennen, um Leute anzusprechen und zugleich klarzustellen, dass wir uns nur als Komponente eines größeren Prozesses der Neuformierung einer pluralistischen antikapitalistischen Linken verstehen, in den wir uns einbringen wollen. Der Name soll aber durchaus über Salzburg hinaus gewisse Signale setzen, in welche Richtung wir gerne schreiten wollen. Darum ist die Namensgebung nicht unwichtig. Denn wir können uns mit der Zeit befähigen auch in österreichweite Debatten einzugreifen. Entscheidende Voraussetzung hierfür ist allerdings inhaltliche Kompetenz und minimale Aktionsfähigkeit.

„Ökosozialistischer Aufbruch“, „Ökosozialistische Alternative“, „Ökosozialistische Wende“

Vorteil: Dieser Name drückt die generelle Orientierung hin zu einer neuen gesellschaftlichen Organisation aus. Die Vorsilbe "öko" benennt die zentrale Bedeutung der Umwelt und des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur. Der Name drückt zugleich eine Offenheit und die Notwendigkeit die Inhalte wirklich zu bestimmen. Irgendwie schimmert auch das Prozesshafte durch.

Nachteil: der Name könnte etwas akademisch klingen. Da wir aber ohnehin kurzfristig nicht in der Lage sein werden, klassische Arbeiterschichten anzusprechen, ist das zu verkraften. In Salzburg könnte der Begriff "öko" sogar attraktiv sein.

„Für eine ökosozialistische Alternative“, „Aufbruch für eine ökosozialistische Perspektive“

Gleiche Überlegungen wie "Ökosozialistische Alternative" jedoch mit einer Betonung des Prozesses und der noch zu erarbeitenden Perspektive. Dieser Name offenbart deutlicher, dass wir nicht von bereits feststehenden Antworten ausgehen, sondern dass wir diese – zusammen mit ähnlich Gesinnten auf der ganzen Welt – erst noch erarbeiten müssen.

„Ökosozialistisches Forum“

Ähnliche Überlegungen wie bei „**Ökosozialistische Alternative**“, jedoch Betonung der Diskussion und des Austauschs. Klingt bescheidener, aber vielleicht auch noch intellektueller. Der Name klingt auch nicht ausgesprochen aktionsorientiert. Er eignet sich jedoch als Bezeichnung unserer Bildungsveranstaltungen.

„Für eine sozialistische Alternative“:

Vorteil: Dieser Begriff ist gesellschaftlich allgemeiner als „ökosozialistische Alternative“, klassischer, aber vielleicht etwas offener. Eine SOAL gibt es allerdings bereits. Sollte eine Verständigung für ein gemeinsames Projekt stattfinden, kann das allerdings auch ein Vorteil sein.

Nachteil: Gerade der offener und historisch mittlerweile auch sehr widersprüchliche und missverständliche Begriff kann aber wieder zu unbestimmt klingen. Allerdings lässt mit „Für eine sozialistische Alternative“ Perspektive und das Prozesshafte hervorheben.

„Antikapitalistischer Aufbruch“, „Aufbruch für eine antikapitalistische Perspektive“, „Antikapitalistische Linke“, „Antikapitalistisches Forum“

Vorteil: Diese Namensvarianten mit „antikapitalistisch“ sind perspektivisch relativ offen und zugleich politisch in der gegenwärtigen Situation ziemlich klar. Schluss mit diesem System. Wir brauchen Alternativen, auch wenn diese noch nicht ganz klar sind. In Europa nennen sich verschiedene Organisationen bereits ähnlich. Beispiele sind die Strömung "Antikapitalistische Linke" in der Partei DIE LINKE, der NPA („Nouveau Parti Anticapitaliste" in Frankreich, die "Anticapitalistas" in Spanien und die „Sinistra Anticapitalista“ in Italien. Um dem Begriff mehr einen stärker perspektiven Inhalt zu verleihen, könnte man Logos und Titel der Webseite mit dem Untertitel "ökosozialistisch, feministisch, internationalistisch" ergänzen.

Nachteil: Der Anti-Begriff klingt nach Gegnerschaft und Negation. Das Positive und das Perspektivische sind da noch nicht enthalten. Mit dem besagten Untertitel kann diesem Einwand begegnet werden. Allerdings kann man den Begriff auch als dialektische Zuspitzung verstehen. Wir wollen die Negation der kapitalistischen Gesellschaft und aus der Negation der Negation entsteht wieder was Neues.

Während der Begriff „Forum“ stärker den Diskussions- und Findungsprozess betont, siedelt der Begriff „Linke“ das Projekt in den Kontext der breiteren Linken. Hier ist zu bedenken, dass Begriff „links“ mittlerweile sehr breit verstanden werden kann. Zugleich ist die deutsche Partei „Die Linke“ ein Begriff und vermutlich in einer kritischen Öffentlichkeit in Österreich einen positiven Klang.